

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
Nr. 11

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Nagold und Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

Bezeichnet wöchentlich 6 mal. Bezugspreis: monatlich 1.80 Mark. Die Anzeigenpreise: Die einseitige Seite oder deren Raum 15 Goldpfennige, die Rückseite 45 Goldpfennige. Die Anzeigenpreise sind für den Monat zu verstehen. Die Anzeigenpreise sind für den Monat zu verstehen. Die Anzeigenpreise sind für den Monat zu verstehen.

Nr. 21

Altensteig, Donnerstag den 27. Januar

1927

Vor dem Abschluß der neuen Koalition — Die Richtlinien

Die letzten Verhandlungen

Berlin, 26. Jan. Wie das Wolff-Büro aus parlamentarischen Kreisen erfährt, empfing Reichspräsident von Hindenburg heute vormittag 10.15 Uhr Reichskanzler Dr. Marx, der ihm aus dem gegenwärtigen Stand seiner Bemühungen um die Regierungsbildung Bericht erstattete. Nach seinem Besuche beim Herrn Reichspräsidenten begab sich Dr. Marx dann in den Reichstag, um mit den Führern der für die Koalitionsbildung in Betracht kommenden Parteien eine Besprechung abzuhalten.

Berlin, 26. Jan. Die Besprechung des Reichskanzlers, des Reichsarbeitsministers und des Reichsaußenministers mit den Vertrauensmännern des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen war kurz vor 2 Uhr beendet. Ueber das Ergebnis, das im einzelnen natürlich noch vertraulich gehalten wird, erfahren wir im allgemeinen, daß ein sachlicher Abschluß über die Richtlinien des Regierungsprogrammes erzielt worden ist. Diese Richtlinien werden nunmehr den Fraktionen, auch der demokratischen Fraktion, vorgelegt werden. Die Personalfragen sind noch nicht erledigt worden. Darüber wird heute abend verhandelt werden.

In der zweiten Nachmittagsstunde hat Reichsminister des Innern Dr. Stresemann den demokratischen Fraktionsführer Dr. Koch-Weser zu einer etwa halbstündigen Unterredung. Die gleich darauf stattfindende Fraktionsführung der demokratischen Partei wurde vertagt, weil die programmatischen Richtlinien des Reichskanzlers der Fraktion noch immer nicht vorgelegt werden konnten.

Zustimmung zu den Richtlinien

Berlin, 26. Jan. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat in seiner heutigen Fraktionsführung den mit den Deutschnationalen vereinbarten Richtlinien einstimmig zugestimmt. Der Parteiauschuß des Zentrums ist für den 6. Februar einberufen worden.

Auch die Deutsche Volkspartei hat nach kurzer Debatte den Richtlinien zugestimmt.

Die Richtlinien werden erst veröffentlicht, wenn alle in Frage kommenden Fraktionen sich mit der Veröffentlichung einverstanden erklärt haben.

Die Entscheidung auf Donnerstag verschoben

Berlin, 26. Jan. Entgegen den Erwartungen konnte die Regierungsbildung auch heute abend noch nicht zu Ende gebracht werden. Rückfragen einzelner Fraktionen über die Richtlinien haben zu einer Verzögerung der Regierungsbildung geführt.

So beschäftigte sich die demokratische Reichstagsfraktion am Mittwoch abend eingehend mit den Richtlinien des Reichskanzlers, führte die Beratung aber noch nicht zu Ende, sondern vertagte sich auf Donnerstag vormittag, jedoch wurde, wie das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungserleger hört, der Fraktionsvorsitzende Koch beauftragt, bereits am Donnerstag vormittag dem Reichskanzler mitzuteilen, daß die schulpolitischen Teile der Richtlinien in dieser Form für die demokratische Fraktion nicht annehmbar seien. Ein konsistentes Schulgesetz könnten die Demokraten nicht mitmachen.

Berlin, 26. Jan. (Amtlich.) Nachdem der Herr Reichskanzler um 10 Uhr vormittags dem Herrn Reichspräsidenten über den Stand der Regierungsbildung Bericht erstattet hatte, fanden gegen Mittag die Verhandlungen über die Richtlinien des Herrn Reichskanzlers für die künftige Regierungspolitik mit den deutschnationalen Unterhändlern nach einer eingehenden Erörterung ihren Abschluß. Die in dieser Besprechung vereinbarten Grundsätze über Außenpolitik, Verfassung, Reichswehr, Kulturfragen, sowie Sozial- und Wirtschaftspolitik wurden sodann seitens des Herrn Reichskanzlers den Fraktionsführern des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokratischen Partei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Bayerischen Volkspartei mitgeteilt. Der Herr Reichskanzler richtete an die genannten Fraktionen das Ersuchen, sich nunmehr sämtlich auf Grund der gefundenen Grundlagen an der Regierungsbildung zu beteiligen. Da während der weiteren Nachmittagsstunden sich die Fraktionen mit der Beratung der oben bezeichneten Grundsätze beschäftigten, mußten die weiteren Verhandlungen, namentlich über die Personalfrage, auf morgen vormittag verschoben werden.

Die parlamentarische Lage am Mittwoch Abend

Berlin, 26. Jan. Wie das Wolff-Büro aus parlamentarischen Kreisen erfährt, ist man bei den Parteien, deren Beteiligung an der neuen Koalition bisher feststeht, der Auffassung, daß die Entscheidung über die weitere Entwicklung der Regierungsbildung nunmehr bei der demokratischen Fraktion liegt, die sich auf Grund der Richtlinien über ihre Beteiligung schlüssig werden muß. Von unterrichteter volksparteilicher Seite wird uns erklärt, daß die Deutsche Volkspartei entschieden darauf besteht, die Demokraten zu dieser Koalition hinzuzuziehen. Dr. Scholz hat noch in der interfraktionellen Besprechung von heute mittag darauf hingewiesen, daß die Einbeziehung dieser Partei auch im Auftrage des Reichspräsidenten enthalten ist und daß auch die Sicherung der Mehrheit im Reichstag, die mit 248 Stimmen die Hälfte aller Abgeordneten nur um eine Stimme übersteigt, eine solche Verbreiterung der Koalitionsbasis wünschenswert mache. Die Deutschnationalen haben sich hiermit einverstanden erklärt. Die weitere Entwicklung ist nun so beabsichtigt, daß die beteiligten Fraktionen dem Kanzler offiziell ihr Einverständnis mit den Richtlinien mitteilen lassen. Personalfragen sind bisher noch nicht behandelt worden.

Die Richtlinien

Berlin, 26. Jan. Die „Vossische Zeitung“ veröffentlicht in ihrer Extraausgabe die Richtlinien, wie sie vom Reichskanzler Dr. Marx ausgearbeitet seien. Das Blatt bemerkt dazu, daß ihm die Änderungen, die eventuell in den heutigen Besprechungen daran vorgenommen worden sind, nicht bekannt seien.

Zur Information ohne alle Gewähr geben wir hier den Wortlaut nach der „Vossischen Zeitung“ wieder:

1. Außenpolitik: Fortführung der bisherigen Außenpolitik im Sinne gegenseitiger friedlicher Verständigung. Anerkennung der Rechtsgültigkeit des Vertragswerkes von Locarno, lokale gleichberechtigte Mitarbeit im Völkerbund.

2. Verfassung: Anerkennung der Rechtsgültigkeit der in der Verfassung von Weimar begründeten republikanischen Staatsform. Unbedingter Schutz dieser Verfassung in ihrer Gesamtheit, sowie der verfassungsmäßigen Reichsorgane (Artikel 3 der Reichsverfassung), gegen alle herabsetzenden Verunglimpfungen und rechtswidrigen Angriffe. Vorgehen gegen alle Vereinigungen und alle Bestrebungen, die den Umsturz der bestehenden Staatsform bezwecken. Verbot an alle Beamte, sich an solchen Vereinigungen oder Bestrebungen zu beteiligen. Die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte der Beamten werden hierdurch nicht berührt.

3. Reichswehr: Bezüglich der Reichswehr wird der entsprechende Teil der Rede des Reichskanzlers vom 16. Dezember 1926 als maßgebend anerkannt: 1. die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 31. 12. 1926 ist strengstens durchzuführen, 2. den Angehörigen der Reichswehr ist die Zugehörigkeit, das Zusammenarbeiten mit politischen Verbänden aller Richtungen, zu denen die sogenannten Wehroverbände aller Richtungen und Formen in erster Linie gehören, verboten; 3. es wird eine Reformierungsverordnung erlassen, die Vorkehr trifft, daß keine verfassungsfeindlichen Personen im Sinne der Ziffer 2 in die Reichswehr aufgenommen werden.

4. Kulturfragen: Es ist angeregt worden: Erlass eines Reichsschulgesetzes unter Wahrung der Gewissensfreiheit, und des Elternrechts. Grundsätzliche Gleichstellung der im Artikel 146 der Reichsverfassung vorgesehenen Schularten, sowie Sicherung des Religionsunterrichtes. (Artikel 149.)

5. Sozialpolitik: Tatkräftige Förderung der Sozialreform, Ausbau und Verlängerung des Arbeitsrechts. Der nächste Schritt auf diesem Gebiete soll die Schaffung einer umfassenden Arbeiterschutzgesetzgebung unter besonderer Berücksichtigung der Bergarbeit sein. Darin ist — ausgehend von den deutschen Verhältnissen — die Arbeitszeit einschließlich der Sonntagsruhe im Einklang mit den internationalen Abmachungen zu regeln. Auf Grund einer solchen Regelung ist die deutsche Regierung zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens gleichzeitig mit den anderen westeuropäischen Industrieländern bereit. Bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes sollen durch Ubergangs-

und Notmaßnahmen Mißstände auf dem Gebiete der Arbeitszeit beseitigt werden. Die in Artikel 165 der Reichsverfassung vorgesehene Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten in der Wirtschaft ist im Sinne der im Reichswirtschaftsrat zustande gekommenen Einigung weiter auszubauen.

Dringend ist die Verabschiedung einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Damit im Zusammenhang stehen Maßnahmen zur Verbesserung des Arbeitsnachweises, Ausbau und Verfahren der Sozialversicherung sollen nach Möglichkeit vereinfacht werden. Die verschiedenen Versicherungszweige bedürfen einer organischen Verbindung und Ausgestaltung. Die Lage der Invaliden muß verbessert werden.

Für Seeleute ist eine Krankenversicherung zu schaffen.

Entschlossene Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Fürsorge für die Erwerbslosen mit allen zur Verfügung stehenden wirtschafts- und sozialpolitischen Mitteln. Die Sozialreform ist auch international, insbesondere im Zusammenwirken mit dem internationalen Arbeitsamt zu fördern.

Die Lage nach Veröffentlichung der Richtlinien

Berlin, 27. Jan. Die durch die vorzeitige Veröffentlichung der Richtlinien für die Regierungsbildung geschaffene Lage wird von den Blättern verschieden beurteilt. Nach der „Deutschen Tageszeitung“ ist durch die Veröffentlichung, die das Blatt auf eine Persönlichkeit der linken Zentrumsseite zurückführt, eine völlig neue Lage geschaffen. Die Deutschnationalen seien nicht mehr bereit, die Verhandlungen in der bisherigen Art weiterzuführen und sollen heute vormittag Dr. Marx erklären, daß man für die neue Regierung neue Grundlagen werden suchen müsse. Die „Kreuzzeitung“, die von einem grobem Störungsversuch spricht, schreibt: Wer verraten sein Geheimnis, wenn wir berichten, daß in den Kreisen der Pressevertreter die Namen der Abgeordneten Dr. Wirth und Löss mit der Affäre in Zusammenhang gebracht wurden. Die „Deutsche Tageszeitung“ hebt hervor, daß die veröffentlichten Richtlinien nur einen Teil der Regierungserklärung darstellen und deshalb nur einen ganz unvollständigen Eindruck von dem Programm der kommenden Regierung geben können. Eine Reihe positiver Ergänzungen auch durch ganz neue Punkte, namentlich auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik, würden von den Deutschnationalen beantragt werden. Die „Deutsche Allg. Zeitung“ teilt mit, daß neben den Richtlinien ein Protokoll diktiert wurde, das wichtige Ergänzungen für die künftige Regierungspolitik enthält. Infolgedessen werde erst die endgültige Regierungserklärung ein richtiges Bild von der Gesamtheit der Vereinbarungen gewinnen lassen. Die „Tägliche Rundschau“ bemerkt zu der deutschnationalen Fraktionserklärung: Man wird nicht daran zweifeln brauchen, daß die deutschnationalen Reichstagsfraktion endgültig zustimmt, wenn über die Zusammenlegung des Kabinetts selbst eine Einigung erzielt sein wird. Die „Germania“ nennt es einen Vorgang von nicht zu unterschätzender Bedeutung, daß die Deutschnationalen sich ohne Vorbehalt zur Weimarer Verfassung bekennen und deren Rechtsgültigkeit anerkennen. Das Zentrumsorgan verlangt, daß das, was gestern als Grundlage für das Kommende festgelegt worden ist, ehrlich und offen in die Tat umgesetzt werden muß. Das „Berliner Tageblatt“ spricht von einem gefährlichen Experiment, das das Zentrum mit den beiden Rechtsparteien unternimmt. Die Demokraten werden in aller Ruhe abwarten können, bis ihre Zeit kommt. Die „Vossische Zeitung“ interpretiert die Verlautbarung der deutschnationalen Fraktion dahin, daß diese ihre Entscheidung nicht von dem Regierungsprogramm, sondern von der Erfüllung der deutschnationalen Parteiforderungen abhängig mache. Der „Vorwärts“ nennt die Richtlinien eine „peinliche Masterrade“.

Regierungsbildung und Ausland

Ein Interview des Reichsaußenministers

London, 26. Jan. In einem Interview mit dem Berliner Vertreter der „Times“ wendet sich Dr. Stresemann gegen gewisse im Zusammenhang mit der Regierungsbildung im Ausland aufgetretene irrige Meinungen über die Gelährdung der in London und Locarno aufzubauen deutschen Außenpolitik. Er erklärte darin, daß die Ursache der Krise ausschließlich auf innerpolitischem Gebiet liegen, daß sich auf außenpolitischem Gebiet seit geraumer Zeit eine sehr grobe Mehrheit für die von ihm in Uebereinstimmung mit Reichskanzler Dr. Marx geklärten und vom Reichspräsidenten gebilligte Politik herausgebildet hat, und dies auch der Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im Dezember im Reichstag unwidersprochen festgestellt und daß es demgemäß bei allen Verhandlungen über die Neubildung des Kabinetts als ganz selbstverständlich anzusehen hat, daß die folgerichtige Einbeziehung der bisherigen außenpolitischen Linie unbedingt gewährleistet werden muß. Jetzt, wo die inneren Widerstände gegen meine Außenpolitik so sehr zusammengekrummt sind, kann kein Vernünftiger annehmen, daß ich mich von dem klar vorgezeichneten Weg abdrängen lasse. Das Gleiche gilt von Reichskanzler Marx. Ganz entschieden lehnt er, Stresemann, vor allem den Gedanken ab, daß die Fortführung der Locarnopolitik Deutschland hinsichtlich des Stütz-

seiner parlamentarischen Einrichtungen Bindungen transzendenten Art auferlegt, die jede andere Locarnomacht und überhaupt jeder souveräne Staat weit von sich weisen würde. Der Minister schloß: „Wenn jetzt die deutsch-nationale Partei die Opposition aufgibt und wieder in die Regierung eintritt und wenn dies, wie unabweisbar feststeht, unter Festhaltung des bisherigen Kurses der Außenpolitik geschieht, so bedeutet dies doch in außenpolitischer Hinsicht nichts anderes, als daß sich seit dem Oktober 1925 in Deutschland ein bedeutsamer Wandel vollzogen hat. Es ist ein Beweis dafür, daß auch in weiten Kreisen die hinter der deutsch-nationalen Partei stehen, inzwischen das Verständnis für die Locarnopolitik lebendig geworden ist und daß sich diese Politik in Zukunft sowohl im Parlament, wie auch in der Öffentlichkeit auf eine ganz überwiegende Mehrheit stützen kann. Worauf es ankommt ist, daß das in Locarno beanspruchte Recht der europäischen Völker nur gedeihen kann, wenn es unablässig ist vom Wechsel der Parteistellungen, immer vorausgesetzt natürlich, daß sich in jedem Vertragsstaat die an der Regierung befindliche Gruppierung unzweideutig zum Locarnowort und seiner Fortführung bekennt.“

Das Problem der Rheinlandräumung

Man muß es den französischen Nationalisten lassen: sie verstehen es, die öffentliche Meinung ihres Landes in ihrem Sinne zu bearbeiten und zu beeinflussen. Politiker, Militärs und nationalistische Organisationen laufen seit Anfang Januar Sturm gegen die im Zuge der Entwicklung liegende und deshalb angeht die deutschen Forderungen auch notwendige Räumung des Rheinlandes. Sie wollen dabei zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Einmal ist es eine gute Gelegenheit, dem verhassten Briand ein auszuweichen, und dann kann man bei dieser Gelegenheit die Deutschen in der Welt verdächtigen, verleumben und schlecht machen.

Den Anstoß zu diesem Kampf der französischen Rechte gegen die Rheinlandräumung gab die Tatsache der Erkenntnis auf beiden Seiten, daß im Laufe des vor uns liegenden Jahres das Problem eine öffentliche Diskussion erfordert wird. Unmittelbarer Anlaß war dazu durch das Echo gegeben, daß das Urteil von Landau in der ganzen deutschen Presse wie überhaupt in der ganzen deutschen Öffentlichkeit auslief. Fast überall in der Welt ist die deutsche Forderung auf Räumung als durchaus berechtigt anerkannt worden. Nur in Frankreich lehnte man jeder Diskussion der Räumungsfrage energigsten Widerstand entgegen. Nur vereinzelt wagten es mutige Männer und Zeitungen, das nötige Verständnis aufzubringen und die Räumung des Rheinlandes als die Voraussetzung für eine deutsch-französische Annäherung zu bezeichnen.

Um diese wenigen Stimmen zu überhören und zu erstickern, begann „L'Echo de Paris“, das dem französischen Generalstab nahestehende chauvinistische Blatt, am 5. Jan. mit der Veröffentlichung einer Reihe von Aufsätzen, die sich mit der Frage beschäftigten: „Ist eine vorzeitige Räumung des Rheinlandes zweckmäßig oder nicht?“

Es versteht sich von selbst, daß alle Politiker und Generale, denen diese Frage vorgelegt wurde, eine Räumung des Rheinlandes für völlig ausgeschlossen erklärten. Der Gehörlosengang ist im allgemeinen folgender: die durch Artikel 428 des Versailler Vertrages festgesetzte Rheinlandsbeziehung soll die Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages durch Deutschland gewährleisten. Hierbei handelt es sich besonders um die Entwaffnung, um die Zahlung der Kriegsschuldigung und um die Garantie, daß ein Angriff Deutschlands auf Frankreich unmöglich ist. Deutschland sei nicht entwaffnet, der Dawesplan habe zwar die von Deutschland zu leistenden Zahlungen geregelt, aber Deutschland würde diese Zahlungen nur solange leisten, als das Rheinland besetzt sei. Der Verzicht auf Elsass-Lothringen sei nur problematischer Natur. Am Reiche seien nur die Linkseute

zur eine Ausöhnung mit Frankreich, während die Rechte an einen Revanchekrieg denke. Zu den deutschen „Nationalisten“ rechnet General Mordaco auch die Deutsche Volkspartei und das Zentrum, und dieser Herr gilt in Frankreich als guter Kenner Deutschlands, weil er fünf Jahre lang das 30. Armeekorps in Wiesbaden kommandierte.

Die Angst, die die französische Generalität vor den entwaffneten Deutschland hat, ist so groß, daß sie damit rechnet, nach Räumung des Rheinlandes könnten binnen 24 Stunden zehn deutsche Divisionen (d. h. doch also das ganze Hunderttausendmannheer mit 79 leichten Batterien, aber ohne schwere Artillerie, ohne Tanks und ohne Flugzeuge!) in der französischen Grenze stehen, die „völlig ungeschützt und unverteidigt“ sei. Wenn man bedenkt, daß allein das französische Friedensheer über 738 000 Mann, 494 leichte und 266 schwere Batterien, 5845 Tanks und 1747 Flugzeuge in sich schließt, und daß im Mobilisierungsjahre etwa drei Millionen Ersatzmannschaften einberufen und die Anzahl der schweren und modernen Kampfmittel vermehrt werden können, wenn man weiter bedenkt, daß an der deutsch-französischen Grenze die modernsten Festungen liegen, so kann man die Besorgnisse der Franzosen nur als lächerlich bezeichnen.

Die Besorgnisse werden ja auch nur ausgesprochen, um von Deutschland Zugeständnisse über den Versailler Vertrag hinaus zu erpressen. Man malt die Gefahr eines deutschen Revanchekrieges an die Wand, um die eigene Abrüstung zu hintertreiben. Ja, man will Zeit gewinnen, um den Festungsgürtel nach Deutschland hin in großzügigster Weise hin auszubauen. Deshalb behauptet man, die Räumungsarbeiten hätten noch gar nicht zu laufen begonnen, da Deutschland bisher noch nicht seinen guten Willen gezeigt habe, woraus wiederum gefolgert wird, daß an eine Räumung des Rheinlandes vor dem Jahre 1942 überhaupt nicht zu denken sei.

Unser Standpunkt demgegenüber steht unerrückbar fest: die Entwaffnung Deutschlands ist völlig durchzuführen, was von der Gegenseite durch die Abberufung der Militärkontrollkommission offiziell anerkannt ist. Die Zahlung der Reparationen ist durch den Dawesplan geregelt und garantiert. Deutschland hat in Locarno die Westgrenzen anerkannt und damit allen Angriffsabsichten abgeschworen. Durch diese drei Tatsachen ist die Voraussetzung für die im Artikel 431 des Friedensvertrages vorgesehene frühzeitige Räumung des Rheinlandes gegeben. Mit der Räumung würden die Franzosen gleichzeitig aber auch die Vorbedingung für die reifliche Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich schaffen. Die Räumung ist auch von ihrem Standpunkt als zweckmäßig anzusehen und deshalb auch die Frage des „L'Echo de Paris“ mit Ja zu beantworten.

S. Kaupisch

Die Missionen verlassen das Kantondelta

London, 26. Jan. Reuter berichtet aus Hongkong: Die Räumung des Kantondeltas durch die ausländischen Missionare wird für rasam erachtet. Man erwartet, daß die Flüchtlinge demnächst in Hongkong eintreffen werden.

Die anstößige Karnevalsuniform

Berlin, 26. Jan. Das „Berliner Tageblatt“ meldet: Die französische Gendarmerie entfaltet in dem karnevalsfreundigen Andernach in der letzten Zeit eine erhöhte Kontrolltätigkeit, die der Komik nicht entbehrt. Die Andernacher Stadtsoldaten, eine Karnevalsgehilfen mit grotesk-humoristischer Uniformierung und Holzgewehren, hielten eine humoristische Exerzierübung ab. Die französische Gendarmerie aber glaubte, an den militärischen Kommandos Anstoß nehmen zu müssen. Auch auf dem Gemeindeball der Stadtsoldaten erschien französische Gendarmerie, um persönlich die Harmlosigkeit dieses Truppenteils nachzuprüfen. Am gleichen Tage verhaftete die Gendarmerie einen Einwohner, der, als Man verkleidet, zum Maskenball gehen wollte.

Aufhebung der öffentlichen Häuser in Ungarn

Budapest, 26. Jan. Die von dem Minister des Innern veranlaßten Beratungen in der Frage der Regelung der Prostitution wurden heute abgeschlossen. Den Beratungen lag der Entwurf der demnächst erscheinenden Verordnung zu Grunde, welche stufenweise die Aufhebung der öffentlichen Häuser bis zum 1. Mai 1928 vorsieht. Mit diesem Tage erlischt die Gültigkeit sämtlicher diesbezüglicher Lizenzen.

Meuterei in einer französischen Strafkolonie

Paris, 26. Jan. Nach einer Havasmeldung wurden bei einer Meuterei eingeborener Strafgefangener in einer Strafkolonie in Indochina zwei europäische Aufseher getötet. Mehreren Gefangenen gelang es zu flüchten.

Deutscher Reichstag

Berlin, 26. Jan.

Der Reichstag erledigte heute die dritte Lesung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Nach längerer Debatte, in der eine Anzahl Anträge, die bei der zweiten Lesung bereits abgelehnt worden waren, wieder eingebracht wurden, wurde beim Paragrafen 2 ein sozialdemokratischer Antrag auf unentgeltliche Behandlung Kinderemitteller angenommen und darauf der ganze Paragraf 2 gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei angenommen. Nach Annahme eines sozialdemokratischen Änderungsantrags zu Paragrafen 5 und 6, wonach die Zurücknahme eines Strafantrages möglich sein soll, der gegen jemand gestellt wurde, der in Kenntnis seiner Geschlechtskrankheit eine Ehe eingegangen oder Geschlechtsverkehr getrieben hat, wurde der Rest der Vorlesung in der Fassung der zweiten Lesung mit einigen unwesentlichen Veränderungen angenommen und in der Schlussabstimmung die ganze Vorlage gegen die Stimmen der Kommunisten, der Volksischen, der Wirtschaftlichen Vereinigung und Kinderarbeiten der übrigen Fraktionen angenommen.

Dann wandte sich das Haus dem Zentrumsantrag auf Wiedereinsetzung des Gesetzes über die Grundschulen und Aufhebung der Vorschulen an. Nach der Ausschussfassung soll der gesetzlich vorgeschriebene Abbau oder die Auflösung der privaten Vorschulen unterbleiben, wenn nicht für die Lehrkräfte oder Unterrichtsträger aus öffentlichen Mitteln ein Ausgleich für die mit dem Abbau verbundenen wirtschaftlichen Nachteile gesichert ist. Nach einer Kritik des Abt. Dr. Höwenstein (Soz.), der den Antrag als das typische Produkt eines Bürgerbunds und ein Privilegieren- und Klagengesetz auf dem Gebiet des Schulwesens bezeichnet, wurde die Weiterberatung auf Donnerstag nachmittags 2 Uhr vertagt.

Neues vom Tage

Eine Entscheidung Casenders in einer Minderheitsschulfrage
Kattowitz, 26. Jan. Der Deutsche Volksbund hatte am 11. Januar gegen die Nichteröffnung der deutschen Minderheitsschule in Bobrowski-Biadar-Audne, die von den zuständigen Behörden mit dem Fehlen von Anmeldungen zum Schulbesuch begründet worden war, Beschwerde erhoben. Der Präsident der Gemischten Kommission, Casender, hat nach eingehender Erörterung der Angelegenheit dahingehend Stellung genommen, daß die betreffende Minderheitsschule unverzüglich zu eröffnen ist und neue Termine von angemessener Dauer für die Anmeldung zum Schulbesuch durch öffentliche Bekanntmachung in beiden Sprachen anzusehen sind.

Du bist mein!

Roman von H. v. Erlin

Copyright by Greiner & Comp., Berlin W 30.

41. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Ein kurzes Wandern noch, ein paar von Ulla dargebrachte Gläser Sekt, von Hartmut und Madeleine auf die Wohl geleert, ein paar in das Gefäßchen hinein flatternd Scheine, dann wanderte das Ehepaar wieder durch den Saal.

Verstohlen blickte Madeleine in ihres Gatten Gesicht. Die lächelnde Heiterkeit, die es gezeigt, während sie mit Ulla geplaudert hatten, war verschwunden. Er sah ernst und müde aus, und sein Blick streifte wie verloren durch das fröhliche Gewimmel. Suchte er nach ihr, die auch ihre Blicke bisher vergeblich gesucht hatten — nach Angelika? — Sie war auf dem Feste anwesend. Madeleine wußte es, hatte es erfahren von Frau Konsul Gredigshausen. Sie hatte Angelikas Mutter, die in einem türkischen Zelt Wollu darbot, begrüßt, geleitet von dem Gefühl, daß auf diese Weise eine spätere Begegnung mit Hartmut erleichtert werde.

Ein Bedingnis aber: wie dieses Wiedersehen wohl auf Hartmut wirken werde; doch sie wußte sie hinab. Es mußte ja doch sein! Entschlossen wandte sie sich nach Frau Gredigshausens Zelt.

Und dann hielten beide unmerklich den Schritt an und hatten in demselben Augenblicke das gleiche gesehen — Angelika, an der Seite ihres Vaters an einem der kleinen Tischchen vor dem Kaffeezelt stehend.

Nicht an ihren Gatten schmeigte sich Madeleine, und all ihrer heft. Liebe klang aus dem weichen Ton, mit dem sie bittend lächelte:

„Hartmut, laß uns dem Zufall nicht ausweichen, der es uns leicht macht.“

„Der Zufall erleichtert es“ — so hatte im nämlichen Augenblicke sich ein weitläufiger Mann gesagt, der zu der Erkenntnis gelangt war, daß allen sich nach um seiner Tochter Namen rastenden romantischen Gerüchten am

stärksten die Spitze abgedrochen werde durch einen harmlos umgewundenen Gesellschaftsverkehr mit Hartmut Bravand und dessen Frau.

Konsul Gredigshausen war mit auffallender Liebeshörigkeit den beiden entgegengetreten.

„Meine Gattin sagte mir, daß sie bereits die Freude gehabt hatte, Sie zu begrüßen, gnädige Frau. Jetzt werden Sie uns hoffentlich die Ehre geben, eine Schale unjeres Wollas zu schlürfen, für dessen echt arabische Zubereitung ich die Garantie übernehme.“

Nach während er es heiteren Tones sagte, hatte er Hartmut die Hand reichhaltig und war dann mit einer einladenden Bewegung zu dem Tischchen vorangeschritten, von dem Angelika sich jetzt erhob. Madeleine stand bereits neben ihr, hatte sie mit ein paar freundlichen, unbefangenen fliegenden Worten begrüßt. Und nun verbeugte sich Hartmut tief, hob langsam die Hand und bot sie Angelika.

Aggahste Finger berührten die feinen, ein schauer Blick erhob sich zu ihm, und keines von ihnen verriet mit Wort oder Bewegung, daß sie kurz vorher schon einmal begegnet waren. Und als sie um den kleinen Tisch saßen und vor ihnen in den vergoldeten Schalen der Wollas duftete, da war diese Heimgleichheit wie ein leises Band, das unbemerkt von einem zum andern ging!

Was sie sprachen — Worte — Worte — tönernd Schall, in den hinein auch Hartmuts Stimme sich mischte, während ein stummes Gelächter in ihm spottete: wach die Komödie war das Leben — und er selbst — ein Komödiant wie alle anderen. — Ein lustiger dann wenigstens, denn von der leichtesten Seite nahm, wie sich gebührte.

Vant hatte auf eine scherzhaft Bemerkung des Konsuls sein Lachen gestungen, und Madeleines Blick war erschreckt zu ihm hinübergeglitten.

Also so sehr ergreift ihn das Wiedersehen? So rästelte es ihr durcheinander, daß ihm das Lachen kam — das Selbstverlachen — oder war es möglich, daß er schon so — so völlig verwunden hätte?

Er vermochte nicht in seiner Seele zu lesen.

Doch eine andere hatte darin gelesen, und freier, selbstbewußter hob Angelika das Haupt. Rechte dort die vornehm elegante, weltgewandte Frauenerscheinung mit noch mehr Reiz sich umkleiden, sie hatte doch nicht in keinem

Herzen völlig ihr Bild verdunkelt.

Sie selber war es, die Hartmut die Hand zum Abschied reichte, als Madeleine unruhvoll bekommen, doch äußerlich lächelnd und gleichmütig sich erhob.

Kein — „auf Wiedersehen“ — wurde bei dem Abschied gesprochen, doch ein heimliches Wort klang leise, leise zwischen den beiden.

Unter den Weiden — am Bach — — —

Schweigend schritten Hartmut und Madeleine wieder durch den Saal. Mit Herzlopfen wartete sie, daß er reden, irgendein Wort ihr sagen würde, das auf dies Wiedersehen Bezug habe. Selbst eine Frage zu tun, wagte sie nicht — wagte es nicht, an sein Herz zu rühren, und war doch sein Weib!

Hartmut — ein leiser Klang voll zitternder Innigkeit. Sein Arm zuckte leicht unter dem ihren, als gäbe ihre Stimme ihn aus tiefem Traum erweckt.

Nach jetzt, Madeleine — sei gut.“

Gut — ja — sie wollte ihn nicht quälen, nicht fragen, allein ihn fertig werden lassen — gut sein. — Aber — sie liebt ihn ja doch!

Schweigend schritten sie weiter. Draußen hatte der Abend zu dämmern begonnen, und in den Sälen flammte die elektrische Lichtflut auf, die in opalschimmerndem Kristallblitzen ihr allzu blendendes Leuchten brach. Lustiger klang die Musik, übermütiger brach allerorten die Fröhlichkeit hervor; Champagnerstimmung, die in lachendem Uebermut sich äußerte.

Uebermut und Lachen — Hartmut meinte es plötzlich nicht mehr ertragen zu können.

„Laß uns gehen.“ hat er Madeleine.

„Wenn du es willst.“ sagte sie sanft und erbehte unter dem gewaltsam verhaltenen Tone in seiner Stimme.

„Ich passe schlecht in solche Festlichkeiten, bin sie nicht gewöhnt, sie machen mich müde — doch wenn du noch zu bleiben wünschst.“ —

„Kein, Liebster, laß uns gehen — es ist besser daheim.“

Ihr Arm schob sich fester unter den seinen, und geleitet von den Klängen eines lustigen Tanzes verließen sie das Fest.

(Fortsetzung folgt.)



Aus Stadt und Land.

Montag, den 27. Januar 1927.

An der goldenen Hochzeit des Herrn Stadtwundarzt Heinrich Vogel und seiner Gattin hat, wie zu erwarten war, die Bevölkerung von hier und der Umgebung freudigen Anteil genommen. Am Vorabend brachte der Liederkreis und die Stadtkapelle dem Jubelpaar ein Ständchen. Die Beteiligung an der goldenen Hochzeitsfeier in der Kirche war von hier eine sehr zahlreiche. Groß war auch die Zahl der eingelassenen brieflichen Glückwünsche und Telegramme, sowie sonstiger Aufmerksamkeiten, aus welchen die Verehrung für das goldene Hochzeitspaar sprach. Der Staatspräsident von Württemberg, Bazille, widmete dem Jubelpaar das Gedichtblatt der württ. Staatsregierung zur goldenen Hochzeit mit einem Begleitschreiben, in welchem er seinen herzlichsten Glückwunsch zum Ausdruck brachte und in anerkennenden Worten der Jahrzehntelangen Tätigkeit gedachte, während welcher Stadtwundarzt Vogel viel Gutes gewirkt habe. Gedichtblatt und Schreiben wurde im Auftrag des Stadtvorstands durch Stadtpfleger Krapp übergeben. Auch der Präsident der württ. Landeskirche, D. Herz, sprach in einem Schreiben namens des Oberkirchenrats herzlichste Glück- und Segenswünsche aus und ließ durch Stadtpfarrer Hortlacher ein Gesangbuch der evangelischen Kirche mit großem Druck überreichen. Mögen die Zeichen der Anerkennung, der Liebe und Verehrung, welche dem goldenen Hochzeitspaar zu Teil wurden, diesem einen hellen Freudechein in ihr Alter werfen und ihm noch ein schöner Lebensabend beschieden sein.

Große Bauernversammlung in Freudenstadt. Am Mittwoch, dem 2. Februar d. J., findet, wie bereits erwähnt, für die landwirtschaftlichen Bezirksvereine Freudenstadt, Horb, Ragold, Oberndorf und Sulz in Freudenstadt ein Schwarzwälder Bauerntag statt. Veranstalter ist der Landw. Hauptverband Württemberg und Hohenzollern, im Einvernehmen mit dem Landw. Bezirksverein Freudenstadt. Tagungsort ist der Sternensaal; Beginn der Versammlung nachmittags 12.30 Uhr. Ansprachen halten die Herren Landwirt Braun-Schopfloch, der Vorsitzende des Landw. Bezirksvereins Freudenstadt, und Präsident Dietlen des Landw. Hauptverbandes. Die Hauptvorträge halten die Herren Generalsekretär Hummel und Dr. E. Zeltner-Stuttgart. Da die Tagung eine Fülle von Anregungen bietet und die Landwirte vor allem über die wirtschaftspolitischen Vorgänge im Reich und die Stellung der Landwirtschaft zu ihnen unterrichtet, kann mit einem starken Besuch der Landbevölkerung gerechnet werden.

Was bezweckt der Schwarzwälder Bauerntag? Der Bedeegang des deutschen Volkes in den letzten Jahren hat es mit sich gebracht, daß der Gedanke der Selbstvertretung der einzelnen Berufe in einer möglichst strengen Organisation der gesamten Berufsangehörigen immer mehr um sich griff. So erscheint der Zweck der großen Bauernversammlung in Freudenstadt (2. Februar) durchaus klar. Dennoch dürfte er in seinen tieferen Zusammenhängen den Wenigsten wirklich bekannt sein. Die Landwirtschaft ist derjenige Beruf, der durch den heimatischen Boden, als seine Werkstätte, am innigsten verbunden ist mit Volk und Staat. Die Landwirtschaft kann sich deshalb nicht außerhalb der Volksgemeinschaft stellen und tut dies auch nicht. Im Gegenteil betont sie auf Schritt und Tritt die Schicksalsgemeinschaft von Volk und Bauernschaft und wird so auch zum Anwalt einer selbständigen deutschen Wirtschaft. Der Bauerntag will diese Zusammenhänge nicht nur in den Reihen der Bauern lehren und erkennen lassen, sondern er soll auch den übrigen Kreisen der Bevölkerung Gegenstand der Prüfung sein, ob die seitherige künstliche wirtschaftliche Niederhaltung der Bauernschaft für die Gesamtheit zweckmäßig war und noch ist. Gewiß leiden alle Wirtschaftskreise unter den heutigen anormalen Verhältnissen, die Landwirtschaft aber darf als Urrzeugung, die den gesamten Wirtschaftsprozess von unten herauf befruchtet, wie kein anderer Wirtschaftszweig, nicht am meisten leiden oder gar allmählich verkümmern. Hinter dieser Gefahr für den Berufsstand steht die viel größere für das gesamte Volk und die Nation auf. Dieser Erkenntnis Bahn zu bereiten, dient der Bauerntag. Er will die Lage der schwäbischen Bauern schildern, will zeigen, wo die Hebel zur Besserung anzusetzen sind. Er will vor verhängnisvollen Wegen seitheriger auf das Ausland statt auf den Innenmarkt gerichteter Handels- und Wirtschaftspolitik warnen und pflichtgemäß auf eine Gesundung der deutschen Wirtschaft hinarbeiten. Wenn die schwäbische Landwirtschaft so das Gewicht ihrer Organisation in die Waagschale des öffentlichen Urteils legen will, so ist eine Voraussetzungen vonnöten, die der Bauer bislang weniger geachtet hat, als andere Berufszweige, nämlich die Zugehörigkeit auch des letzten Landwirts zur Organisation. Der Bauer hat Vorbilder genug in Deutschland, daß nur die Masse sich durchzusetzen vermag. Hoffentlich läßt der Schwarzwälder Bauerntag in Freudenstadt erkennen, daß der schwäbische Bauer aus ihnen gelernt hat.

Ragold, 26. Jan. (Lotteriegeld.) Hier kam das Los Nr. 7711 von der Vogelshühnlotterie zum Verkauf, auf das der Hauptgewinn von 5000 Mk. fiel. Der glückliche Gewinner ist der etwa 70jährige Seilermeister Ludwig Schlotterbeck von hier.

Calw, 27. Jan. Die Freiwillige Sanitätskolonne hat nach dem Weggang des seitherigen Kolonnenführers, Obersekretär Pfizenmaier, der keine Wahl mehr annahm, den Malermeister Kirsherr zum Kolonnenführer und den seit-

herigen Führer zum Ehrenmitglied ernannt. Oberamtmann Rippmann würdigte in warmen Worten die verdienstvolle Tätigkeit von Pfizenmaier und sprach diesem den besten Dank der Kolonne aus. Die Kolonne, die eine beträchtliche Zahl neuer Mitglieder gewonnen hat und einen neuen Ausbildungskurs abhalten wird, zählt gegenwärtig 35 Mitglieder. Kolonnenarzt ist Dr. Schleich.

Calw, 26. Jan. (Unfälle.) Der Lehrling Georg Holzäpfel aus Oberhaugstett in der Lehre bei Bäckermeister Gg. Frank in Calw machte sich in dem Gaststall seines Meisters mit 2 eingestellten Pferden zu schaffen. Hierbei erhielt er von dem einen einen Hufschlag ins Gesicht, wobei ihm eine Anzahl Zähne ausge schlagen wurden und sonstige Verletzungen an Nase und Kinn davontrug. Er wurde benommen und starb blutend im Stall gefunden und mußte ins Bezirkskrankenhaus überführt werden. — Als gestern abend halb 8 Uhr Fuhrunternehmer Morof wie üblich mit den zwei Postwagen auf den Bahnhof fuhr, schaute durch ein rasch vorbeifahrendes auswärtiges Auto beim Hause von Malermeister K. Kirsherr sein Pferd, das er am Zügel führte. Morof wurde unter das Pferd geschleudert, von diesem auf den linken Unterschenkel getreten, worauf ihm noch der erste Postwagen über die Brust fuhr. Dennoch raffte er sich auf und brachte die Gefährte zum Bahnhof und zurück. Er kam mit leichteren Verletzungen davon.

Freudenstadt, 26. Jan. Altkreisrat Hartmann wendet sich mit einer Kundgebung an die gesamte Bürgerschaft, in der er die vom Stadtrat für den 30. Januar als dem Tag, an dem Hartmann von 50 Jahren als Stadtschultheiß von Freudenstadt eingeführt worden ist, in Aussicht genommenen öffentlichen Feier mit Rücksicht auf seine Gesundheitsverhältnisse und sein hohes Alter ablehnen zu müssen erklärt. Mit herzlichsten Worten dankt er in der Kundgebung im Voraus für alle für ihn bestimmten Ehrungen. „Vorwärts mit vereinten Kräften, das Gemeinwohl über alles“, das sei während seiner 42½-jähr. Amtstätigkeit stets sein Wahlspruch gewesen. Gemäßigter Fortschritt auf gutem altem Grund, das möge nun auch jetzt die Losung bleiben. Ein tatkräftig nachwachsendes Geschlecht mit aufgeklärter Führung, die sich ihrer hohen Aufgabe bewußt sei, trage geschlossen die Fahne des Fortschritts voran. Möge ein guter Stern über Stadt und Bezirk walten. Mit diesem Wunsche schließt Hartmann seine vom Herzen kommende Kundgebung.

Oberndorf, 27. Jan. Am heutigen Donnerstag und am Freitag, 28. d. M., findet in der Gegend zwischen Neckar, Straße Oberndorf—Zuorn, Zuorn—Dunningen, Dunningen—Kottweil eine militärische Winterübung statt, zu welcher die rote Partei (verstärktes 2. Batl. Inf.-Regt. 14 Tübingen), von Oberndorf her gegen die blaue Partei (verstärktes 3. Batl. Inf.-Regt. 14 Konstanz), von Kottweil anmarschierend, vorgeht. An der Übung ist auch Ulmer Artillerie beteiligt. Es handelt sich größtenteils um Nachübungen.

Kottweil. In dem industriereichen Orte Deißlingen hat die Firma Scheull ein Aluminiumwerk eingerichtet. Bei vollem Betrieb würde sie 120 Arbeiter beschäftigen. Es wird von dem Werk hauptsächlich Aluminiumpapier hergestellt. Die Einrichtung geschieht in dem Fabrikgebäude der Firma Gebr. Hesth, das nun wieder belebt wird. — In Alzheim haben 100 Biertrinker sich unterschrieben verpflichtet, kein Bier mehr zu trinken, bis der Preis für das Glas (0,3) wieder auf 15 Pfg. ermäßigt wird.

Stuttgart, 26. Jan. (Wiederzusammentritt des Landtages.) Laut Mitteilung des Landtagspräsidenten soll der Landtag auf Dienstag, den 8. Februar, nachmittags 4 Uhr, einberufen werden.

60. Geburtstag. Am 28. Jan. kann der Präsident der Oberpostdirektion Stuttgart, Karl v. Wegger, die Feier seines 60. Geburtstages begehen. Als Sohn des Schultheißen von Strümpfelbach geboren, besuchte er zunächst die Lateinschule in Badnang, machte das Landexamen und durchlief die evangelisch-theologischen Seminare in Maulbronn und Blaubeuren. Hierauf bezog er die Universität in Tübingen und studierte Rechtswissenschaft. Nach der Pensionierung des Staatsrates v. Majer wurde ihm am 17. Oktober 1912 die Leitung der Generaldirektion der Posten und Telegraphen übertragen.

Der Wohnungsbau und die Gebäudeeinkaufsteuer. Im Hinblick auf die nächste Entwicklung des Kapitalmarktes hat der Abg. Schief (Dem.) im Landtag den Antrag gestellt, das Staatsministerium zu ersuchen, erstens alle bis zum 15. Februar 1927 einkommenden, sowie die rückständigen, berücksichtigungswerten Baudarlehen durch die Wohnungskreditanstalt zu kündigen und beschleiden zu lassen; 2. zum Zweck der Finanzierung soweit erforderlich eine entsprechende Anleihe auszulassen; 3. die erforderlichen Einleitungen umgehend zu treffen. Ferner hat der Abg. Schief eine kleine Anfrage gestellt, in der darauf hingewiesen wird, daß im Landtag von Rednern verschiedener Parteien gefordert wurde, es möchten hinsichtlich der Gebäudeeinkaufsteuer in Württemberg weiter gehende Milderungsbestimmungen eingeführt werden, als sie zur Zeit bestehen, sei es gesetzlich, sei es im Wege der Ausführungsverordnung. Der Abgeordnete fragt, was in dieser Richtung von den zuständigen Stellen seither geschehen ist und was das Staatsministerium im Sinne der genannten Anregung zu tun gedenkt.

Donauverfälschung. Am letzten Sonntag hätte vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig die Frage der Donauverfälschung verhandelt werden sollen. Infolge Erkrankung eines höheren in der Sache tätigen Richters mußte die Verhandlung verschoben werden.

Arbeiterentlassungen bei der Reichseisenbahn. Der Abg. Dr. Hölscher hat folgende Kleine Anfrage gestellt: Nach Zeitungsmeldungen soll die Reichsbahngesellschaft beabsichtigen, in nächster Zeit noch weitere Arbeiter, insbesondere getrennte Panometer, zu entlassen und Betriebe zu schließen. Sind derartige Maßnahmen auch für Württemberg beabsichtigt? Befahrensfalls, ist das Staatsministerium bereit, gegen derartige Einschränkungen des Betriebs, die nur die Arbeitslosigkeit vermehren, Einspruch zu erheben?

Neckarweihingen OÄ. Ludwigsburg, 25. Jan. (Weihenländung.) Gestern vormittag wurde die Leiche einer weiblichen Person aus dem Neckar gezogen. Ein am Ufer liegendes schwarzes Handtäschchen läßt auf Selbstmord schließen. Die Verstorbene ist ungefähr 40 Jahre alt.

Leonberg, 25. Jan. (Um den Bierpreis.) Der Bezirkswirtschaftsverein fahte in seiner Generalversammlung zu dem Bierausschlag des Brauereiverbands einen Beschluß, wonach die Wirte aufgefordert werden, den Bierbezug ab 25. Januar einzustellen, falls der Ausschlag nicht zurückgezogen wird.

Weilberstadt, 25. Jan. (Triebwagen.) Auf der Strecke Stuttgart—Leonberg sollen demnächst Triebwagen verkehren. Die Führung der Triebwagen bis Weilberstadt soll beantragt werden.

Gölkdorf OÄ. Kottweil, 26. Jan. (Bierstreik.) Dem Beispiel anderer Gemeinden folgend, hat eine sehr zahlreiche Versammlung einstimmig beschlossen, auch in der hiesigen Gemeinde einen Bierstreik ins Werk zu setzen mit dem Ziel, die Bierpreiserhöhung unbedingt zu verhindern.

Bremelau OÄ. Münsingen, 26. Jan. (Ein Kind als Brandstifter.) Wie die nunmehr abgeschlossene Untersuchung ergeben hat, ist der Brand bei Schmied Heitrich durch Zündelei eines 5jährigen Knaben entstanden. Der Kleine hat mit gefundenen Zündhölzern in der Scheune „ein Feuer“ gemacht.

Ehingen a. D., 26. Jan. (Abbruch eines Zementwerkes.) Zurzeit sind die Abbrucharbeiten an der hiesigen Zementfabrik im Gange, auch das Drahtseil an der Seilbahn in dem städt. Steinbruch im Sauruden ist schon abgenommen. Mit Wehmut schaut der Bürger diesem Zerstörungswerk zu und bedauert das Verschwinden einer langjährigen Industrie aus Ehingen.

Ulm, 26. Jan. (Schneeplag.) Der von der Stadtgemeinde neu angeschaffte Schneepflug, der mit jedem Lastauto zusammengesetzt werden kann, wurde erstmals praktisch ausprobiert. Die Begräumung der Schneemassen verlief zur vollsten Zufriedenheit der Abnahmekommission.

Kavensburg, 26. Jan. (Opfer der Grippe.) Der im besten Mannesalter stehende Dr. med. Ferd. Halber, Chirurg und Frauenarzt, ist gestern einer doppelseitigen Lungenentzündung im Gefolge einer schweren Grippe erlegen. Der Verbliebene war 23 Jahre (von 1900 bis Ostern 1923) Chefarzt des Elisabethenkrankenhauses.

Weingarten, 26. Jan. (Tagung der Gemeindepolizeibeamten.) Der 8. Vertretertag der württ. Gemeindepolizeibeamten findet am 6. März in Weingarten statt.

Die Grippe in Württemberg

Trotz Schnee und Kälte ist die Grippe im Lande immer noch ein höchst unwillkommener Gast. In Reutlingen ist der Krankenstand bei der Ortskrankenkasse weiter angelegen und zwar auf nahezu 1800. In Weilberstadt ist in einzelnen Schulklassen über die Hälfte der Schüler krank und die Schließung der Schule sehr wahrscheinlich. In Gmünd zeigt die Grippe eine rückläufige Bewegung und die Zahl der Kranken Schüler ist erheblich kleiner geworden. Dagegen ist in Ulm eine bedeutende Erhöhung der Krankenziffer eingetreten. Dort ist der Neuzugang an Grippeerkrankungen um 50 Prozent höher als der Abgang. In Bodenheim und Bödingen sind einige Todesfälle eingetreten. In Oberesbach OÄ. Kavensburg sind in manchen Familien fast alle Mitglieder krank. In Langenargen hat die Grippe ihren Höchststand erreicht mit etwa 100 Kranken. 30 Prozent der Schulkinder sind grippekrank. In Affalterbach ist eine größere Anzahl Schulkinder von der Krankheit befallen. In Taillingen sind bei der Krankenkasse über 200 Mitglieder krank gemeldet und täglich nimmt die Zahl der Kranken zu.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Ein Personenzug von einer Lawine verschüttet. Wie man aus Tokio meldet, ist ein Personenzug zwischen Tsuru und Niho von einer Lawine begraben worden. Ueber das Schicksal der Reisenden ist noch nichts bekannt.

Dreifacher Mord und Selbstmord in Effen. In der gemeinsamen Wohnung eines 55 Jahre alten Büroangestellten wurden Mittwoch vormittag dessen 84jährige Mutter und seine beiden 45 und 42 Jahre alten Schwestern im ihren Betten liegend tot aufgefunden. Offenbar liegt Gasergiftung vor, die der Mann ohne Einwilligung seiner Angehörigen herbeigeführt hat. Er beging Selbstmord durch Erhängen.

Die Verhandlungen vor dem Auslegungsschiedsgericht. Die öffentlichen Verhandlungen vor dem Auslegungsschiedsgericht im Haag für die Bestimmungen des Desaepplanes wurden Mittwoch vormittag beendet. Der Termin für die Verurteilung der Entscheidung wird noch bekannt gegeben werden.

Aus dem Gerichtssaal

Körperverletzung mit Todesfolge

Tübingen, 25. Jan. Das Schwurgericht hat den 21 Jahre alten ledigen Eisler August Söldt von Dageloch, der im September v. J. nach reichlichem Alkoholgenuß im Verlaufe eines Streites, bei dem er selbst einen Dief erhalten hatte, dem 26 Jahre alten Heideleiarbeiter Emil Reichert von Unterlesnang eine schwere, zum Tode führende Messerstichwunde beibrachte, wegen schwerer Körperverletzung mit nachfolgendem Tode zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt.



Öffentlicher Sprechsaal.

(Für Einwendungen unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion nur die redaktionelle Verantwortung.)
Anfrage an den Herrn Stadtvorstand!

Im Interesse öffentlicher Ruhe bittet Einsender um Aufklärung:

1. Warum hat der Stadtvorstand die Urkunde anlässlich der goldenen Hochzeit von Herrn Stadtwundarzt Vogel durch den Herrn Stadtpfleger überreichen lassen?
2. Erachtet es der Herr Stadtvorstand für notwendig, für solche, die nicht „seine“ Leute sind, einen zweiten sachlichen Stadtvorstand zur Vertretung städtischer Interessen zu wählen?
Ein Einwohner.

Handel und Verkehr.

Wörter

Berliner Börse vom 26. Jan. Da der nächste Rückblick beim Publikum anstehend den Anlauf zu Abgaben gegeben hat, liegen bei Eröffnung in ziemlichem Umlauf Verkaufsaufträge vor. Daher lebten sich die Kursrückgänge auf allen Märkten mit wenigen Ausnahmen bei Einbußen von durchschnittlich 1-2 Prozent und in manchen, teils in höherem, teils in niedrigerem Ausmaß von 3-4 Prozent fort. Am Rentenmarkt lagen die Vorkriegsanleihen aus Enttäuschung über deren Nichtabnahme bei der neuen Reichsanleihe weiter matt, Sachwertanleihen und Goldanleihe waren wenig verändert. Vorkriegsgeldbriefe sammt Lehen. In der überaus stillen Verfassung des Geldmarktes hat sich nichts verändert.

Wäpste

Heilbronner Schlachtmessmarkt vom 26. Jan. Zufuhr: 66 Jungrinder, 8 Kälber, 85 Kälber, 200 Schweine. Erlös aus je 1 Zentner Lebendgewicht: Jungstier 1. 50-56, 2. 47-50, Rube 1. 30-34, 2. 19-24, Kälber 1. 74-76, 2. 65-71, Schweine 1. 71-72, 2. 68-70. A. Marktverlauf: mäßig belebt.

Amtliche Bekanntmachungen. Vieh- und Schweinemarkt

Der am Montag, dem 31. Januar, in Nagold fällige Vieh- und Schweinemarkt wird unter nachstehenden Bedingungen abgehalten:

1. Aus Sperr- und Beobachtungsgebieten dürfen Tiere nicht zugeführt werden.
2. Personen aus verpöndelten Orten dürfen den Markt nicht besuchen.
3. Viehhändler haben tierärztliche, Schweinehändler amtstierärztliche Gesundheitszeugnisse beizubringen. Außerdem sind für alle zum Markt gebrachten Tiere Ursprungszeugnisse mitzubringen. Tiere, für welche die Zeugnisse fehlen, werden unnachlässiglich zurückgewiesen.
4. Alle zum Markt gebrachten Tiere müssen vor dem Auftrieb durch den beamteten Tierarzt untersucht werden. Vor der Untersuchung und außerhalb des Marktplatzes ist am Markttagen jeder Handel verboten. Nichterhaltung dieser Vorschriften wird bestraft.

Nagold, den 26. Januar 1927.
Oberamt:
Dr. Rauneder, stellv. Amtmann.

Altensteig.



Gesangbücher

in großer Auswahl, zu mäßigen Preisen, empfiehlt die

W. Rieker'sche Buchhandlung.

Getreide
Weizenpreise. Nalen: Rernen 15, Weizen 14,50-14,60, Roggen 12,50 bis 12,60, Gerste 12,50-12,60, Haber 9,20-9,30. — Delsheim: Rernen 15,15, Weizen 14,15, Roggen 11,10, Gerste 12,75, Haber 9,20. — Ellmangen: Weizen 14-14,50, Roggen 12,40, Haber 9,20-9,30. — Nör. linaen: Weizen 14,30-14,50, Roggen 12,20-12,30, Gerste 12,50 bis 12,60, Haber 9,00-10,00, Bohnen 11-11,40. — Vaisfröh: Weizen 12,50-14,50, Roggen 12,50-12,75, Gerste 12, Haber 10-11,20, Weizen 10. — Cöhlendalen: Haber 9,10-9,40. — Wiedlingen: Weizen 14,50, Saalgerbe 12,70-14, Gerste 12,50-13,00, Haber 10, Roggen 11,50. — Urad: Dinkel 10-10,70, Gerste 12-12,50, Haber 10-10,50, Weizen 14,50-15,40, Roggen 12,50, Muten 20. A. der Seunier.

Heupreise
Calw, 27. Jan. Die Preise für Heu, nach dem jetzt große Nachfrage herrscht, sind stark in die Höhe gegangen. Der Preis für den Zentner ist von 3,80 M auf 4,50 M und höher gestiegen. Die Schafhalter sind jetzt gezwungen, Futter zu kaufen, da die Tiere auf den Wiesen nicht mehr so viel finden und mit den Jungen im Stall gefüttert werden müssen.

Holz
Schönbrunn, 24. Jan. (Holzerlös.) Für das Langholz, etwa 150 Km, wurden 140 Prozent erzielt. Käufer sind die Sägewerke Müller u. Wörner, Gültlingen, und Gebr. Theurer, Nagold. Stangen: Drahtstangen 4,50 bis 4,50 M pro Stange. Die übrigen Stangen 140 bis 220 Prozent der Landesgrundpreise.

Letzte Nachrichten.

4 Tote der Schlagweiterekatastrophe bei Lüttich
Berlin, 27. Jan. Von den 7 bei der kürzlich gemeldeten Schlagweiterekatastrophe in einem Kohlenbergwerk bei Lüttich schwer verletzten Arbeitern sind, wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Brüssel gemeldet wird, 4 ihren Verletzungen erlegen.

Berurteilung eines Landesverrätters
Darmstadt, 26. Jan. Der Straffenrat des hiesigen Oberlandesgerichtes verurteilte den Schneidermeister Reinhard aus Freudenitz wegen Landesverrates zu 5 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenverlust. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

20 000 Mann für den Schutz der britischen Interessen in China
London, 26. Jan. „Evening Standard“ zufolge werden etwa 20 000 Mann innerhalb 14 Tagen für den Schutz der britischen Interessen im fernen Osten verfügbar sein.

Die Grippe in England
London, 26. Jan. Aus 905 Städten in England und Wales sind in der vergangenen Woche infolge Grippeerkrankungen 667 Todesfälle zu verzeichnen. In der Vorwoche war die Zahl der Todesfälle 328.

Garibaldi will nach London reisen
Paris, 26. Jan. Garibaldi hat für seine heute beabsichtigte Reise nach Le Havre, von wo aus er die Ueberfahrt nach Amerika antreten wollte, aufgegeben, nachdem ihm bekanntgegeben worden war, daß die Ver. Staaten ihm das Einreisevisum verweigert hätten. Garibaldi beabsichtigt nunmehr sich nach London zu begeben.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laut. Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.

Mlle Karl
und deren Freunde werden auf den morgigen
Karlstag, den 28. Januar
abends 8 Uhr in das Café
Welker febl. eingeladen.



Altensteig.
Heute sind eingetroffen:

- Cablau kleine** 1 Pfund 40 Pfg.
- Cablau große** 1 Pfund 45 Pfg.
- Schellfisch klein** 1 Pfund 50 Pfg.
- Schellfisch groß** 1 Pfund 55 Pfg.
- Fisch-Filet** 1 Pfund 75 Pfg.

entgeräht, bratfertig, reines Fleisch bei
Chr. Burghard jr.
Gestorbene.
Dieterdweiler: Andreas Binser, Küfermeister, 77 J.
Bad Liebenzell: Wilhelm Gwinner, Fabrikant, 48 J.

W. Jorkant Enzklösterle.
Nutz- und Brennholz-Verkauf.

Am Donners'ag, den 3. Februar 1927, nachmittags 2 Uhr nach Eintreffen des Postautos von Waldbad her in Enzklösterle im Waldhorn aus Staatswald Laubh.: Ei: 1 Roller, 2 Anbr.; Bu: 29 Schr., 14 Prgl., 2 Anbr.; Bi: 1 Schr., 1 Prgl., 3 Anbr.; Nadelh.: 3 Papierroller III. Kl. 1 Nugholzandr., 8 Schr., 60 Prgl., 389 Klobh. bezw. Anbr. Losverzeichnis durch die Forstdirektion G. f. S. Stuttgart.

Altensteig.
Maggiwürze
„Suppen“
„Fleischbrühwürfel“
„Erbsenwurst“
in allen Größen und Packungen stets frisch bei
J. Wurster Nachf.

Ein Posten Oberhemden
nur in den Kragenwelten 40. 41. 42.
weit unter Preis
bei
Reinhold Mayer.

Altensteig, den 25. Jan. 1927.
Todes-Anzeige.

Tiefbetrabt geben wir Verwandten und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Sohn
Hermann
im Alter von 12 Jahren uns durch den Tod entziffen wurde.
In tiefer Trauer:
Hermann Hoffe mit Frau Rosine geb. Klumpp.
Beerdigung Freitag Mittag 2 Uhr Waldfriedhof.

Wir suchen
z. Bkf. unserer erstfl. bekannten Spezialfuttermittel bei der Landwirtschaft wirklich eingeführte, fleißige
tüchtige Vertreter
in Lebensstellung gegen Gehalt und außerordentlich hohe Provision per sofort
Protana Gesellschaft für Chemie und Futterwirtschaft m. b. H., Leipzig C1
Abteilung Futtermittelfabrik Leipzig.

Altensteig
Ein ordentliches
Mädchen
nicht unter 17 Jahren, sucht bis 15. Februar
H. Naft, Schubgef. hft.

Spiegel
in großer Auswahl empfiehlt die
W. Rieker'sche Buchdlig.

Superphosphat

Ammoniak-Superphosphat, Kali-Ammoniak-Superphosphat, die besten, wirksamsten und preiswertesten Frühjahrsdünger!

Kostenlose Puskunft erteilen die landwirtschaftl. Beratungs- u. Verkaufsstellen d. Deutschen Superphosphat-Industrie in:
Darmstadt, Rheinstr. 22 Darmstadt, Rheinstr. 22

Ende meines Inventur-Verkaufs Montag 31. Januar

Versäume niemand die grossen Preisvorteile zu benützen
Gustav Wucherer.

